



Donnerstag, 13. August 2020, 15:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Der Fachkräfteklau

Brain Drain spart im globalen Norden Ausbildungskosten und Löhne und hemmt die Entwicklung armer Länder.

von Jochen Mitschka
Foto: ra2 studio/Shutterstock.com

Kolonialismus – das war eine bedauernswerte historische Verirrung des 19. Jahrhunderts. Oder? Der Norden überschwemmt die armen Länder, vor allem in Afrika, mit industriell gefertigten Billigprodukten und ruiniert so die Existenzen der einheimischen Bauern und Hersteller. Gleichzeitig wirbt er die besten Fachkräfte aus diesen Weltgegenden ab – und zwar speziell aus Ländern, die ihre gut ausgebildeten Bürger selbst unbedingt bräuchten. Gleichzeitig wird Dankbarkeit für gewährte „Entwicklungshilfe“ erwartet. Das Aussaugen der Intelligenz, das „Beutemachen“ unter den Fachkräften, ist ein

Verbrechen an den ärmeren Ländern. Die Methoden des Kolonialismus mögen sich geändert haben – das Grundprinzip, Menschenverachtung und gnadenloser Egoismus der reichen Länder, ist gleich geblieben.

Im Jahr 2015 machte die deutsche Bundeskanzlerin Werbung in deutschen Medien, um ausländische Fachkräfte, insbesondere aus den Entwicklungsländern, nach Deutschland zu locken. Man fragt sich wirklich, was in den Köpfen derjenigen vorging, die ein solches Programm entwickelt haben.

Die Einladung erfolgte nicht durch die EU-Gremien an arbeitslose Spanier, Italiener oder Menschen anderer Nationalitäten innerhalb der EU, die sowieso ohne Probleme in Deutschland arbeiten könnten. Nein, sie erfolgte an Menschen in jenen Ländern, die selbst händeringend diese Fachkräfte für den Aufbau der Wirtschaft benötigen.

Brain-Drain – das Aussaugen der Intelligenz, das „Beutemachen“ unter den Fachkräften, ist ein Verbrechen an den ärmeren Ländern, die ihr Fachkräftereservoir, das ohnehin ungleich begrenzter als das der Industrieländer ist und das sie selbst herangezogen, ausgebildet und qualifiziert haben, schwinden sehen, weil Deutschland davon profitieren will.

Das ist nichts anderes als Kolonialismus 2.0. Zuerst stahlen die Kolonialländer die Muskelkraft in Form von Sklaven, dann die Bodenschätze, schließlich beziehen sie noch heute „Kolonialsteuern“, wie Frankreich (1). Und nun ist die Beute das Fachpersonal, ausgebildete Menschen, die in Deutschland zu

Billigstlöhnen einheimische Fachkräfte ersetzen, die ja angeblich nicht mehr ausreichend vorhanden sind. Man sollte hinzufügen, nicht zu den gewünschten Löhnen.

Vera Lengsfeld bringt Brain Drain an einem Beispiel auf den Punkt:

„Der mexikanische Entwicklungsökonom und UNESCO-Koordinator für Migration und Entwicklung, Raul Delgado Wise, nimmt bezüglich der Rolle von Migration kein Blatt vor den Mund: ‚Wenn man sich die Daten ansieht, ist Migration eine Subventionierung des Nordens durch den Süden.‘ Im Gesundheitssektor wird dies besonders deutlich. 38% des britischen und 10% des deutschen medizinischen Personals hat seine Ausbildung in strukturschwachen Ländern Ostmitteleuropas bekommen. Diese tragen die Kosten, während das Zentrum der EU davon profitiert. Der UN-Migrationspakt hat sich zur Aufgabe gestellt, diese Schieflage zu verwalten und damit festzuzurren“ (2).

Während der Erfolg der Anwerbung von Fachkräften im außereuropäischen Ausland eher mäßig war, zeigt nun eine Studie des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) (3), dass Deutschland größeren Erfolg hatte, in ärmeren europäischen Ländern Fachkräfte abzuziehen. Obwohl zum Beispiel in Polen die Arzt- und Pflegekräftedichte pro 100.000 Bewohner nur etwa halb so groß ist wie in Deutschland, nutzte Deutschland das Einkommensgefälle in Europa, um von dort medizinisches Fachpersonal abzuwerben. Und fast jeder dürfte inzwischen, zumindest vom Hörensagen, einen Haushalt mit alten und pflegebedürftigen Menschen kennen, in dem eine sogenannte 24-Stunden-Hilfe aus Polen ihrer Arbeit nachgeht.

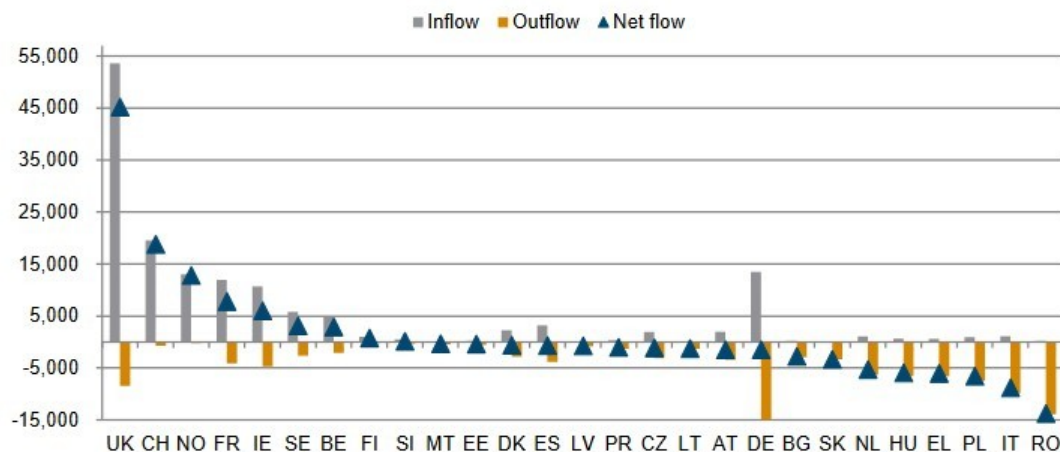
German Foreign Policy schreibt dazu:

„Bei den [ausländischen] Medizinern wuchs ihr Anteil von 2010 bis 2017 von rund sieben Prozent auf 12,5 Prozent, bei den Krankenpflegern und -pflegerinnen von rund sechs auf acht Prozent.

Angaben der Bundesärztekammer für 2019 bestätigen den Trend. Demnach stieg die Zahl der aus EU-Staaten nach Deutschland eingewanderten Ärzte um 2,7 Prozent; aus anderen europäischen Staaten wanderten sogar 10,4 Prozent mehr zu als im Vorjahr. (3) Der WIIW-Untersuchung von Isilda Mara zufolge ist der Saldo trotzdem leicht negativ, weil gleichzeitig viele deutsche Mediziner auswanderten und in der Schweiz oder in anderen Ländern mit besseren Verdienstmöglichkeiten Stellen antraten“ (4).

Die Tatsache, dass dem „Import“ von Fachkräften, im Gegensatz zu fast allen anderen „reichen“ westlichen Ländern, ein fast dramatischer „Abfluss“ von deutschen medizinischen Kräften ins Ausland gegenübersteht (Siehe Abbildung 1, Quelle (3)), entlarvt endgültig die Politik der Bundesregierung. Es geht nicht darum, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, sondern die Kosten zu senken, und die Profite des inzwischen privatisierten Gesundheitswesens zu erhöhen.

Figure 12 / Medical doctors' inflow and outflow at country level, 2010-2018 cumulative



Source: Eurostat, OECD. ⁴

Aber die Abwerbung von medizinischem Personal begann nicht erst 2015, als es im deutschen Fernsehen publik wurde, sondern bereits 2013.

Das Programm der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zeigt die übliche Heuchelei deutscher Politik

schon in der Überschrift: „Nachhaltig ausgerichtete Gewinnung von Pflegekräften (Triple Win)“ (5). Dort wird behauptet, dass die Arbeitsmärkte der Herkunftsländer entlastet würden (was Unsinn ist, denn auch dort gibt es einen dringenden Bedarf), Geldsendungen von Migranten entwicklungspolitische Impulse in ihrem Herkunftsland anstoßen würden (als würden die Migranten nicht mit ihren Familien kommen dürfen), und ganz nebenbei der Fachkräftemangel in Deutschland gemindert würde (was natürlich auch mit einer angemessenen Besoldung erreicht werden könnte, weil es dann keine Abwanderung und mehr Interesse an der Ausbildung zu Pflegeberufen gäbe).

Angeblich, so der Ausschreibungstext, sei das wichtigste Kriterium für die Auswahl der beworbenen Länder ein Überangebot an Fachkräften in denselben, was durch Medienberichte jedoch bestritten wird.

In der Wochenzeitung *der Freitag* wurde in der Ausgabe 20/2020 (6) berichtet, dass sich Berlin bei der Anwerbung von Pflegekräften nicht unbedingt sauberer Methoden bediente.

„In Bihać versuchen Agenturen, Personal für die Arbeit in Deutschland abzuwerben. Sie sind dabei nicht zimperlich, gehen sehr aggressiv vor und bombardieren die Schwestern mit Mails und Anrufen“, sagt zum Beispiel die bosnische Krankenhausdirektorin Evresa Okanović.

Nachdem sich besonders mehrere afrikanische Länder in der Vergangenheit über diese Abwerbung von qualifizierten Menschen, deren Ausbildung den Staaten erhebliche Anstrengungen verursachten, beschwert haben (7), sind es nun auch europäische Regierungen, die versuchen, diesen Trend einzudämmen.

Rumänien hat deshalb im April ein Ausreiseverbot für medizinisches Fachpersonal und für Pflegekräfte verhängt. Die FAZ schreibt dazu:

„Wenn man schon die Abwanderung nicht verhindern könne, so bedürfe es künftig einer ‚Kompensation für jeden Arzt, der das Land verlässt‘, sagt Borcean. Deren Ausbildung koste den rumänischen Steuerzahler schließlich an die 100.000 Euro je Arzt, den Nutzen hätten oft andere, wie Deutschland, das unter rumänischen Doctores besonders beliebt ist. ‚Es ist nicht korrekt, so eine große Zahl von Ärzten ohne einen Ausgleich zu verlieren‘, sagt Borcean. Wenn er könnte, würde er Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zurufen: ‚Zahlen sie etwas dafür, an die Menschen in Rumänien‘“ (8).

In Serbien sieht es ähnlich aus. Laut FAZ vom 19. Februar 2020 sagte der Staatspräsident Aleksandar Vučić, dass der deutsche Gesundheitsminister Spahn seine Pfleger nicht bekommen würde, und rief die Mediziner und Pfleger im Ausland dazu auf, zurück in die Heimat zu kommen, um beim Aufbau zu helfen (9).

Aber es geht nicht nur um Mediziner, es geht um alle gut ausgebildeten Menschen.

Während die klassische Kolonialisierung Wohlstand für die Bürger in den westlichen Staaten ermöglichte, geht es nun aber in erster Linie um die Interessen von Konzernen, welche möglichst billige Arbeitskräfte zur Steigerung der Profite wünschen.

Und das geht nicht selten zulasten der inländischen Arbeitnehmer, wie man an der Abwanderung von Medizinpersonal aus Deutschland ins Ausland deutlich sehen kann.

Fazit

Statt Ausbildungsplätze für Mediziner zu schaffen, die Pflege durch Akademisierung wie in anderen Ländern aufzuwerten, und allgemein angemessene Bezahlung anzubieten, wirbt der Staat aus

Profitinteresse Fachkräfte in ärmeren Ländern ab. Gleichzeitig verteilen Politiker „Entwicklungsgelder“ an Länder, um diesen angeblich bei der Entwicklung behilflich zu sein. Denn eigentlich sollte „Entwicklungshilfe“ als Hilfe für die einheimische Wirtschaft gedacht sein, wie Terre des Hommes ebenfalls anmerkt:

„Die Hilfsorganisationen Terre des Hommes und die Deutsche Welthungerhilfe kritisieren den Strategiewechsel der deutschen Entwicklungspolitik unter Minister Dirk Niebel (FDP) hin zu starker Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft: Sie fürchten, dass es bei der Entwicklungshilfe mehr um deutsche Wirtschaftsinteressen als um Hilfe für die Armen gehen könnte“ (10). Wobei dies gerade ein Argument verschiedener Parteien im Wahlkampf ist, um Entwicklungshilfe den Wählern zu erklären.

Egal wohin man schaut, es geht immer nur um das Interesse von Unternehmen. Und die Behauptung, dass es den Menschen gut gehe, und Unternehmen in Arbeitsplätze und faire Löhne investieren würde, wenn sie Profite erwirtschaften, der so genannte „Trickle Down“ Effekt, wurde längst widerlegt (11), und stammt von dem US-amerikanischen Komiker Will Rogers. Trotzdem wird er immer wieder beschworen, und muss immer wieder dafür herhalten, Staatshilfen für marode Unternehmen zu rechtfertigen. Während sonst ja „der Markt“ alles regelt.

Quellen und Anmerkungen:

(1) https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556 ([https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-](https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556)

[unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556\)](https://unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556)

(2) <https://vera-lengsfeld.de/2018/11/24/un-migrationspakt-verwaltet-weltweite-ungleichheit/> (<https://vera-lengsfeld.de/2018/11/24/un-migrationspakt-verwaltet-weltweite-ungleichheit/>)

(3) <https://wiiw.ac.at/health-professionals-wanted-chain-mobility-across-european-countries-dlp-5339.pdf> (<https://wiiw.ac.at/health-professionals-wanted-chain-mobility-across-european-countries-dlp-5339.pdf>)

(4) <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8351/> (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8351/>)

(5) <https://www.giz.de/de/weltweit/41533.html> (<https://www.giz.de/de/weltweit/41533.html>)

(6) <https://digital.freitag.de/2020/abwerbung-und-ausverkauf/> (<https://digital.freitag.de/2020/abwerbung-und-ausverkauf/>)

(7) <https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-entwicklungshilfe-armutsbekaempfung-nebensache-1.1021032> (<https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-entwicklungshilfe-armutsbekaempfung-nebensache-1.1021032>)

(8) <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-krise-rumaenien-verlangt-eine-abloese-fuer-seine-aerzte-16733635.html> (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-krise-rumaenien-verlangt-eine-abloese-fuer-seine-aerzte-16733635.html>)

(9) <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pflege-kommt-nicht-ohne-fachkraefte-aus-osteuropa-aus-16642012.html?premium=0x38124b9b3e5c834e0d60a532c5d940ec> (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pflege-kommt-nicht-ohne-fachkraefte-aus-osteuropa-aus-16642012.html?premium=0x38124b9b3e5c834e0d60a532c5d940ec>)

(10) <https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-entwicklungshilfe-armutsbekaempfung-nebensache-1.1021032> (<https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-entwicklungshilfe-armutsbekaempfung-nebensache-1.1021032>)

(11) <https://www.deutschlandfunk.de/kapitalismus-warum-der->

markt-kein-blumenbeet-ist.1310.de.html

(<https://www.deutschlandfunk.de/kapitalismus-warum-der-markt-kein-blumenbeet-ist.1310.de.html>)



Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfasste er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. Er kam 2009 zurück nach Deutschland, um bis zu seinem Ruhestand im August 2017 als angestellter Projektkoordinator und -manager für eine führende Softwarefirma zu arbeiten. Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er Artikel unter eigenem Namen für verschiedene alternative Internetseiten, übersetzt Bücher (Dirty War on Syria, MH17) und schreibt Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen „Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg“; „Schattenkriege des Imperiums — Der Krieg gegen den Iran“, und in der gleichen Reihe „Die Zukunft Palästinas“; die E-Books „Israel 2018“ und „Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)**

(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.